



**VERWÄHL DICH NICHT!**

**DU BEKOMMST DIE WELT  
NICHT BESSER GEMECKERT**

**AM 09.06.2024  
ZÄHLT JEDES KREUZ!**

**XXX**

**TIERSCHUTZ  
ALLIANZ**

**Kommunalwahlprogramm  
Magdeburg 2024 - 2029**

---

Es kandidieren für uns:

**Wahlbereich 01:**

Enrico Richei, Handelsfachpacker  
Elvira Ferchland, Zustellerin

**Wahlbereich 02:**

Josef Weidenhaupt, Dreher  
Bettina Riehle, Fachverkäuferin für Musikwaren

**Wahlbereich 03**

Cindy Bode-Richei, Verkäuferin

**Wahlbereich 04:**

Aleksandr Viktorovic Korshevnyuk, Betriebshandwerker

**Wahlbereich 05:**

Harivender Singh, Kaufmann  
René Ultscht, Zerspaner

**Wahlbereich 06:**

Larisa Korshevnyuk, Vorsitzende der Liberalen Jüd. Gemeinde zu Magdeburg e. V.

**Wahlbereich 07:**

Aila Fassl, Polizeibeamtin

**Wahlbereich 08:**

Josef Fassl, Rechtsanwalt

**Wahlbereich 09:**

Bettina Fassl, kaufmännische Angestellte

**Wahlbereich 10:**

Ditmar Pauke, Journalist

## Vorwort:

Stadt ist ständige Veränderung. Magdeburg muss gut sein für alle, die schon lange hier leben, aber auch offen und attraktiv für Menschen, die sich erst jetzt entscheiden, hier zu wohnen. Dabei ist wichtig, keine Stadtteile abzuhängen. Wir müssen für alle Menschen lebenswerten Platz organisieren; sozial gerecht, nachhaltig, lebendig, grün - und friedlich im Miteinander von Mensch zu Mensch und von Mensch zu Tier. Unsere Region braucht eine aus der einzigartigen und reichen Geschichte entwickelte Wettbewerbsfähigkeit. Dies gelingt nicht, indem man dem Zeitgeist hinterherhinkt, sondern durch eine bestandsorientierte Vorreiterrolle wie z. B. im Personennahverkehr, so dass man sich in anderen Städten fragt, warum man das nicht längst selbst umgesetzt hat. Hierzu gehört auch, alte Regelungen in Frage zu stellen. Wir brauchen eine bestandsorientierte Entwicklung, Durchmischung und eine intelligente, nachhaltige Nutzung von "Brachflächen". So muss die Stadt an der Elbe unbedingt auch die bestehenden Freiflächen im Rotehornpark für alle Menschen offen halten.

Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt und den Angestellten der Verwaltung möchten wir neue Perspektiven für Magdeburg entwickeln. Unsere Stadt hat Möglichkeiten, die nicht im Entferntesten ausgeschöpft sind. Das Potential Magdeburgs, wie es durch seinen Standort und seine geschichtliche Rolle vorgegeben ist, ist aber nur erschließbar im Miteinander mit den Menschen, deren Anliegen, Initiativen und Ideen offen aufzunehmen sind und nicht als Störung abgetan werden. Es genügt nicht die brave Erfüllung von Pflichtaufgaben. Man muss auch neue Wege versuchen, also: Neue Perspektiven entwickeln. Und letztlich: Intel ist eine Chance, aber nicht alles.

Wenn wir wollen, dass Magdeburg eine Stadt für alle sein soll, dann heißt das eben auch "für alle". Nicht alles, was in den vergangenen Jahren beschlossen und umgesetzt wurde, ist negativ. Aber vieles wurde aufgrund einer Abwehrhaltung gegenüber Neuem einfach abgelehnt, ohne ihm nur den Hauch einer Chance zu geben.

**Wir brauchen Ihre drei Stimmen, damit wir im Stadtrat unsere Forderungen für Mensch und Tier besser durchsetzen können! Wir waren an über 200 Anträgen beteiligt, aber viele wichtige Anliegen wurden - teilweise mit abstrusen Begründungen - blockiert!**

Trotz unserer Bemühungen haben wir nach wie vor noch

- vermehrtes Katzenelend wegen fehlender Kastrationspflicht für Freigänger trotz massiver Proteste der Tierschutzvereine!
- ein viel zu kleines Tierheim mit Notwendigkeit zur Auslagerung von Tieren trotz Neubauplänen seit 30 Jahren!
- keine Igelstation im Zoo, kein Taubenhaus trotz Hilfsangebot des Allee-Centers!
- eine Hundesteuererhöhung, die nicht den Tieren zugute kommt, sondern selbstverschuldete Haushaltslöcher stopfen soll!

- ungesicherte Auslaufwiesen - trotz Hundesteuererinnahmen von über 1 Mio €/Jahr!
- keine Statistik über im Straßenverkehr zu Tode gekommene Tiere und deren Verbleib!
- steigende MVB-Preise ("aus Tradition"), die Fahrgäste verbreibt, was wieder zu Erhöhungen führt und eine Verkehrswende mit Umstieg auf den ÖPNV blockiert!
- unzureichende Vorbereitungen auf heiße/trockene Sommer: Antrag "Schwammstadt" - Speicherung von Regenwasser - wurde abgelehnt; viele Straßen sind noch immer ohne einen einzigen Baum; keine Begrünung der Lärmschutzwände!
- unzureichende Sicherheit für Fußgänger - sichtbehindernde Werbeschilder auf Verkehrsinseln wurden trotz tragischem Unfall eines achtjährigen Kindes, dass zeitlebens ein Pflegefall bleibt, nicht versetzt!
- Blockierung der Entwicklung der Stadtteilkerns aufgrund eines veralteten Marktkonzepts!

Dafür wurde mehrfach versucht, den mühsam in einer Gesamtleistung der Magdeburger Bevölkerung erreichten Bürgerentscheid gegen die Replik der Ulrichskirche zu untergraben!

Zur Stärkung und zum Erhalt der bestehenden Qualität Magdeburgs als wachsende Stadt mit kurzen Wegen und grüner Lunge, die sich zu einer Modellstadt für zukunftsgewandte Perspektiven entwickelt, stellen wir uns am 09. Juni 2024 wieder zur Wahl und stellen Ihnen unsere Visionen auf den folgenden Seiten vor.

**Wir können anders leben. Beginnen wir damit, anders zu wählen!**

***Ihre DREI Stimmen am 09.06.2024 bitte für die TIERSCHUTZALLIANZ!***

## **Perspektive 1: Kastration ist Katzenschutz!**

Sicherlich ist es sinnvoll, projektbezogen einzelne Tierschutzvereine bei Kastrationsaktionen zu unterstützen. Solche wohl gut gemeinten Maßnahmen dümpeln jedoch nur an den Auswirkungen eines verantwortungslosen Umgangs mit Katzen herum, sie bekämpfen aber nicht das grundlegende Übel - die kaum sinkende Population durch fehlende Kastration.

Die Katze ist bei uns das "Haustier Nr. 1". Aktuelle Schätzungen gehen von über acht Mio Tieren aus, die in deutschen Haushalten leben oder zumindest versorgt werden. Leider nicht immer verantwortungsvoll. Es gibt Millionen sog. Freigänger, die sich unkontrolliert vermehren und deren Halter sich nicht mehr um sie kümmern. Krankheiten, Hunger, Unfälle und Bejagung gehören für diese Tiere zum Alltag und führen zu großem Leid. Unsere Städte sind für Katzen ein denkbar schlechtes Revier. Schuld sind u. a. die hohe Population und die sich ausbreitenden – teils auch tödlichen - Viruskrankheiten.

Vor allem der Winter setzt den Tieren zu. Kälte und Nässe, verschlossene Müllcontainer, Rattengift und nicht zuletzt Menschen, die sie verjagen, führen zum immer härteren Überlebenskampf der Straßenkatzen. Trotz jahrelanger Aufklärungsarbeit sind noch immer viele Hauskatzen unkastriert. Regelmäßig im Frühjahr schnellte die Zahl der Straßenkatzen sprunghaft in die Höhe und vergrößert das Elend. Viele Katzenjungen werden auch einfach ausgesetzt. Die Überlebenden verwildern, sind oft unterernährt oder verenden jämmerlich an Infektionskrankheiten wieder Katzen-Leukose oder dem sog. "Katzenschnupfen". Entgeht eine Katze erst einmal diesem grausamen Schicksal, kann sie später noch immer ausgesetzt, mit Hunderttausenden in Versuchslaboren oder von Jägern getötet werden. Geht man davon aus, dass ein Katzenpaar zwei Mal pro Jahr Nachwuchs bekommt: Zwei bis drei Tiere pro Wurf überleben und bekommen bereits mit sechs Monaten wiederum Junge. Leicht auszumalen, von welchem Ausmaß die Rede ist!

Mitarbeiter der Tierheime, engagierte Tierärzte, Tierschutzvereine und auch nicht organisierte Tierfreundinnen und -freunde versuchen zu helfen wo es geht. Aber sie sind ob der Anzahl der Tiere und des Leidens vielfach machtlos. Trotz vieler Futterstellen ist eine gesundheitliche Versorgung unter den oft schwierigen Bedingungen nicht immer bzw. nur sehr eingeschränkt möglich. Es ist sehr aufwändig, der Katzen habhaft zu werden und wenn sie sich einfangen lassen, um sie zum Tierarzt zu bringen, ist es oft auch schon zu spät. Wie viele Katzen im deutschen Straßenverkehr zu Tode kommen, ist bisher statistisch nicht belegt.

In immer mehr Städten und Gemeinden wurde deshalb eine kommunal gültige Kennzeichnungs- und Kastrationspflicht eingeführt. Die Stadt Paderborn war hier einer der Vorreiterinnen. Demnach müssen alle so genannten Freigängerkatzen gechipt/tätowiert und kastriert werden. Eine unkontrollierte Vermehrung ist so nicht mehr möglich und kranke/verletzte Tiere sind ihren Besitzern zuzuordnen. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung und seit 2008 haben sich bundesweit etliche Gemeinden und Kommunen diesem Beispiel gefolgt, wobei Niedersachsen mit etwa 180 Orten, darunter Hildesheim, Osnabrück und Wolfsburg, positiv heraussticht. Auch in NRW setzt sich die Einsicht zur Einführung einer KatzenschutzVO immer mehr durch.

Schlusslicht sind derzeit v. a. noch die östlichen Bundesländer. Vielleicht liegt der Grund in der Besorgnis vor Kosten, was aber zu kurz gedacht ist, denn mittelfristig würden diese eher sinken.

Wo sich die unkontrollierte Vermehrung einschränken lässt, fallen in einigen Jahren auch weniger Kosten, z. B. für Tierheimplätze oder die Beseitigung toter Tiere auf den Straßen an. Inzwischen gibt es genug Kommunen, auf deren positive Erfahrung man zurückgreifen kann.

Man mag der Meinung sein, dass in Magdeburg weitaus weniger Straßenkatzen zu finden sind als in anderen Kommunen. Es gibt jedoch keine Garantie, dass dies so bleibt. Auch im Tierschutz fehlt es an neuen Aktiven und wenn die Tierschutzvereine aus Alters-, Krankheits- oder ganz einfach privaten Gründen die bisherige ehrenamtliche Arbeit nicht mehr leisten können, genügt eine einzige Saison, um wieder zu Zuständen wie in den 1990er Jahren zurückzukehren.

Die Tierschutzallianz hat sich in der Legislatur 2019 - 2024 immer wieder eingesetzt, dass auch in Magdeburg eine KatzenschutzVO eingeführt wird. Es hat sich keine Mehrheit gefunden.

**Die Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz - Tierschutzallianz - setzt sich weiterhin für die Einführung einer Katzenschutzverordnung nach Paderborner Vorbild ein.**

## **Perspektive 2: Neue Hundenauslaufwiesen schaffen, weggefallene Auslaufflächen ersetzen!**

Noch immer gibt es in Magdeburg Stadtteile, in denen kaum Auslaufmöglichkeiten für Hunde vorhanden sind. Zudem mussten vorhandene Auslaufflächen neuen Bebauungsplänen weichen. Hierfür ist Ersatz zu schaffen. Bei Ausweisung neuer Siedlungen müssen von Beginn an Möglichkeit eines Auslaufs für Hunde eingeplant werden. Es ist eine Pritoritätenliste zu erarbeiten, nach der die vorhandenen Wiesen gegenüber Straßen und Wege abzusichern sind. Bei einer jährlichen Einnahme an Hundesteuer von mehr als 1 Mio € dürfen Halter von Hunden erwarten, dass auch in die Sicherheit der Tiere investiert wird.

Auch ein Hundewanderweg mit Freilauf ist auszuweisen. In Hannover gibt es hierfür 9,2 km Länge auf neun Wegen.

**Die Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz - Tierschutzallianz - fordert mehr Hundenauslaufflächen, den Ersatz weggefallener und die Planung neuer Flächen bei Ausweisung von neuen Wohngebieten! Vorhandene Wiesen sind nach einer Pritoritätenliste zu sichern. Ein Hundewanderweg ist auszuweisen.**

### **Perspektive 3: Tierversuche unerwünscht!**

Tierversuche werden nicht etwa von einzelnen Forscherinnen und Forschern problemorientiert durchgeführt, sondern im industriellen Maßstab. Diese sich selbst erhaltene Industrie mit ihrer Lobby alimentiert die Betreiber der Tierversuchsinstitute auf Kosten von unzähligen und unsäglichem Leid.

Der Wegfall bietet neue Chancen für die Forschung, Alternativverfahren zu entwickeln. Dies ist gleichzeitig eine Chance für eine innovative Industrie, die sich riesige Märkte zum Wohle aller erschließen wird!

Die Magdeburger, die auf die Tierversuche in ihrer Stadt angesprochen wurden, waren darüber bislang nicht informiert und zeigten sich entsetzt und angeekelt, dass diese barbarische Art der "Forschung" in ihrer Heimat betrieben wird.

Die Organisation „Ärzte gegen Tierversuche“ widerlegte die angebliche Notwendigkeit von Tierversuchen für die Medizin. Tiere reagieren oftmals anders als Menschen. Ergebnisse aus Tierversuchen können nicht automatisch auf Menschen übertragen werden. Gerade durch diese Übertragung erfolgten schwerwiegende Schädigungen von Menschen (Bsp. Contergan). Die Qualen der Tiere stehen in keinem Verhältnis zu Tests in der Ausbildung, bei der Neuentwicklung von weiteren Kosmetika, den meisten Fällen der Forschung. Großteils werden Experimente wiederholt, obwohl die Ergebnisse längst bekannt sind. Eine kritische Überwachung findet selten statt.

Am Magdeburger Leibniz-Institut für Neurobiologie werden bzw. wurden Affen, Katzen, Wüstenrennmäuse (Gerbils), Ratten und Mäusen im Namen der neurologischen Grundlagenforschung misshandelt. Oft werden die leidvollen Experimente an Tieren damit gerechtfertigt, Behandlungsmethoden für neurodegenerative Erkrankungen des Menschen wie Parkinson oder Alzheimer entwickeln zu wollen. Tatsächlich handelt es sich aber um reine Grundlagenforschung, ohne jegliche klinische Anwendung. Seit mehr als 20 Jahren wird Grundlagenforschung am Hirn von Affen, Katzen, Ratten und anderen Tieren in Deutschland und aller Welt betrieben, ohne dass sie irgendeinen medizinischen Fortschritt erbracht hat. Im Gegenteil:

***Tierversuche blockieren die Anwendung tierversuchsfreier, am Menschen orientierter Verfahren und bergen die Gefahr falscher oder nicht in die klinische Praxis umsetzbarer Rückschlüsse.***

Im Sinne einer guten Medizin muss auf den Menschen bezogene Forschung der Vorrang gegeben werden. Bei bildgebenden Verfahren, wie der Computer- und der Magnetresonanztomographie, lässt sich das Gehirn von gesunden und kranken Menschen sowie seine Funktionen dreidimensional detailgenau darstellen. Die Forschung an Zellen aus menschlichen Hirntumoren, wie sie bei Operationen anfallen, bietet beste Voraussetzungen, um Therapien zu entwickeln.

Die Wechselbeziehung zwischen Hirnzellen und die Signalweiterleitung funktionieren im Zellsystem wie im lebenden Organismus, können jedoch ohne Tierleid erforscht werden. Die Kombination verschiedener solcher Verfahren liefert eine Fülle an wertvollen Erkenntnissen. Dies trägt zur wirklichen medizinischen Wissenserweiterung über Organfunktionen, Abläufe im Gehirn und Krankheiten des Menschen bei.

Althergebrachte Hirnforschung an Tieren, die dem reinen Forscherdrang der Experimentatoren dient und ohne jede klinische Relevanz ist, darf in unserer modernen Gesellschaft keinen Platz haben. Den Möglichkeiten neuer Technologien, der Zelforschung und der gezielten Untersuchung gesunder und kranker Menschen muss Vorrang gegeben werden.

Die in Magdeburg durchgeführte Tierversuche sowie Tausende weitere Experimente hat der Verein Ärzte gegen Tierversuche e. V. in seiner Datenbank umfangreich dokumentiert. Die Informationen basieren auf von den Experimentatoren selbst in Fachjournalen veröffentlichten Artikeln. Manche der Affen müssen die Torturen zehn Jahre ertragen. Dabei werden fast identische Experimente an zahlreichen Instituten in aller Welt durchgeführt - in Deutschland außer in Magdeburg noch in Bremen, Göttingen, Marburg und Tübingen. Der Versuchsaufbau unterscheidet sich meist nur in der Art der verabreichten Reize. In Magdeburg sind es Tonfolgen. An anderen Instituten geht es um die Verarbeitung von visuellen Reizen, z. B. Muster auf einem Bildschirm oder das Zählvermögen der Tiere.

In München, Berlin und in der Schweiz wurden vergleichbare Versuche am Affenhirn untersagt, da nach Ansicht der Genehmigungsbehörden das Leid der Tiere höher wog als ein bloß in Aussicht gestellter medizinischer Nutzen. In Bochum wurden die Versuche aufgrund der Pensionierung des Experimentators zum 31. August 2012 eingestellt. In Bremen hatte der Experimentator gegen die Ablehnungsbescheid der Genehmigungsbehörde geklagt und erschreckender Weise vorläufig Recht bekommen.

Bei Hirnversuchen an Affen geht es um die reine Befriedigung der Forscherneugier und um die Karriere einzelner Experimentatoren. Die Qualität eines Forschers wird nicht daran gemessen, wie vielen Menschen er geholfen hat, sondern an der Länge seiner Publikationsliste. Mit vielen Veröffentlichungen in Fachzeitschriften mit möglichst hohen, sogenannten Impaktfaktoren lassen sich Forschungsgelder einstreichen, die dann für weitere Tierversuche verwendet werden. Etwas Sinnvolles für kranke Menschen kommt dabei nicht heraus. Im Gegenteil: Bei Menschen werden so Hoffnungen auf Heilung geweckt, die mit Tierversuchen jedoch niemals erfüllt werden können."

Die Versuchsindustrie lebt einträglich davon, Tiere im Namen der Forschung zu quälen und sterben zu lassen. Lassen Sie uns gemeinsam diese Verbrechen an lebenden, fühlenden Wesen beenden! Magdeburg soll tierversuchsfrei werden!

Nach der Wende ist für Magdeburg das Rückgrat – die Schlüsselindustrie Schwermaschinenbau – weggefallen. Für diese schmerzliche Lücke gibt es nach wie vor keinen adäquaten Ausgleich.

In Zusammenarbeit mit den Forschungseinrichtungen in der Stadt sollten innovative Betriebe anzusiedeln sein. Beste Infrastruktur ist vorhanden! Warum also nicht die Weichen stellen, um eine zukunftsweisende Industrie zur Herstellung von tierversuchsfreien Produkten aufzubauen und in die Förderung ebensolcher Forschung in der Human- und Tiermedizin investieren? Magdeburg nicht als Schlusslicht, sondern als Vorreiter? Tierexperimentatoren unerwünscht?!

**Die Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz fordert die Aufdeckung des Ausmaßes der tatsächlich in Magdeburg durchgeführten Tierversuche, die Überprüfung der Haltungsbedingungen und vollumfängliche Aufklärung der Öffentlichkeit! Unternehmen, die Tierversuche durchführen, sollen sich in Magdeburg nicht willkommen fühlen! Wir setzen uns ein für die konkrete Förderung tierversuchsfreier Forschung - auch in Verbindung mit vorhandenen Forschungseinrichtungen - mit dem Ziel der Abschaffung der Tierversuche. Die Förderung wird sich positiv auf die wirtschaftlich Entwicklung der Region auswirken.**

#### **Perspektive 4: Zeitgemäßes und bürgerfreundliches Tierheim bauen!**

Statt endlich ein der Größe und Einwohnerzahl der Landeshauptstadt angemessenes Tierheim zu bauen, werden Tiere "ausgelagert" in Pensionen und von Tierschutzvereinen - meist ehrenamtlich betriebene - Tierheime! Das ist nicht länger hinnehmbar! Nach wie vor entspricht die Aufnahmekapazität des städtischen Tierheims nicht den realistischen Anforderungen an eine der Größe der Stadt gemessene Einrichtung. Aber ganz offensichtlich interessiert sich niemand mehr dafür.

Die von uns geforderten Maßnahmen der Einflussnahme auf die Landesregierung, statt willkürlicher Rasselisten durch verpflichtenden Sachkundenachweis für mehr Sicherheit in der Hundehaltung zu sorgen und durch eine Katzenschutzverordnung die Population von Katzen einzudämmen, sind erste Schritte, den Platzbedarf zu reduzieren. Parallel ist endlich ein geeignetes Grundstück zu finden und ein zeitgemäßes und größenmäßig angemessenes Tierheim zu bauen.

**Die Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz - Tierschutzallianz - fordert, dass endlich wieder nach einem geeigneten Grundstück gesucht wird, auf dem ein modernes Tierheim gebaut werden kann.**

#### **Perspektive 5: Zoo zum Artenschutzzentrum mit Auswilderungsziel umstrukturieren!**

Der Zoo richtet sich an einem bereits heute schon als veraltet anzusehenden Konzept als Vergnügungspark aus. Die Zurschaustellung von möglichst vielen fremdartigen Tieren soll zahlungskräftige Gäste anlocken.

Auch wenn zoologische Einrichtungen sicher noch eine geraume Zeit bestehen werden, fragen sich immer mehr Menschen inzwischen, warum man Tiere jeglicher Art in einem Zoo in Magdeburg ausstellen muss. Was hat z. B. der Neuerwerb weiterer Schimpansen, die nicht vom Aussterben bedroht sind, mit Artenschutz zu tun, den der verurteilte ehemalige Zoodirektor Kai Perret als Argument für die Tötung dreier nicht reinerbiger Tigerwelpen bemühte?

Die Ausbreitung der menschlichen Siedlungsgebiete gefährdet immer mehr Tiere. Die Liste der ausgestorbenen Arten verlängert sich von Tag zu Tag! Eine sinnvolle Aufgabe der Zoologischen Einrichtungen der Zukunft wäre daher, sich dem zeitgemäßen Verständnis von Tier- und Artenschutz anzupassen, zeitweiligen Schutz bedrohter Tierarten vor Ort zu unterstützen und Programme zur baldmöglichsten Auswilderung zu entwickeln. Als Vorbild kann hier die Betreuung von Orang-Utan-Waisen auf Borneo dienen. Der Zoo Magdeburg würde damit eine nützliche Funktion im Kampf gegen das Artensterben einnehmen und seine Existenz jenseits der Unterhaltungsindustrie rechtfertigen. Für die Umstrukturierungsmaßnahmen sollte um finanzielle Unterstützung durch die EU geworben werden.

Das Töten unter dem Deckmantel eines Zuchtprogramms bzw. im Zuge eines "Populationsmanagements" ist strikt zu verbieten!

**Die Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz - Tierschutzbündnis - hat das Ziel, Tieren das Zurschaustellen zum Gelderwerb zu ersparen. Die vorhandene zoologische Einrichtung sollte umstrukturiert werden in ein Artenschutzzentrum, das in Not geratene Tiere aufnimmt, um sie, sobald ihre Existenz in ihrer Heimat gesichert ist, wieder auszuwildern. Einhergehen muss das Umstrukturierungsprogramm mit Kooperations- und Unterstützungsmaßnahmen in den Heimatländern, in denen Wilderer den Bestand einzelner Tierarten gefährden.**

## **Perspektive 6: Eine Igelstation im Zoo**

Jährlich im Herbst werden von besorgten Anwohnern kleine Igel aufgefunden, die Tierschutzvereine werden mit Anfragen überflutet und letztlich gibt es keine Auffangstation, um die Kleinen über den Winter zu bringen. Es ist ein zentrales Problem für viele Bürgerinnen und Bürger. Würden sich nicht permanent Privatpersonen auf eigene Kosten engagieren, würden viele Tiere nicht überleben. Hier muss endlich eine Lösung gefunden werden!

**Die Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz - Tierschutzbündnis - fordert eine Igelstation im Zoo oder im Tierheim mit professioneller Betreuung und Finanzierung durch die Stadt!**

## Perspektive 7: Hundesteuer abschaffen!

Die Hundesteuer ist als Aufwands- oder Luxussteuer ein Ärgernis. Mit der Anschaffung eines Hundes wird nicht besonderer (Geld-)Aufwand belegt. Der Hund ist Familienmitglied und kein Luxus, wie es z. B. ein Segelboot oder eine Rolex-Uhr sind.

Für viele ältere Menschen ist der Hund die einzig verbliebene Bezugsperson. Er ist keine Sache, die man in finanziell schlechten Zeiten aussortiert, sondern ein lebendes, atmendes, fühlendes Wesen, das zur Familiengemeinschaft gehört. Als Lenkungssteuer sollte die Hundesteuer angeblich die Hundehaltung eindämmen, führt aber nur dazu, dass einkommensschwachen Hundehaltern das Leben unnötig erschwert wird. Selten wird jemand aus rein finanziellen Gründen sein Tier im Stich lassen. Das weiß man auch in den Rathäusern der Republik und darum ist es eine beliebte Methode, aller paar Jahre den Hundehaltern tiefer in die Tasche zu greifen, sie wehren sich in der Regel nicht...

Besonders verwerflich ist, dass das so eingenommene Geld selten den tierischen Bewohnern einer Kommune zugute kommt. (Wir alle kennen die Aufrufe von vereinsgeleiteten Tierheimen oder Gnadenhöfen, die zwar mit viel Herzblut kommunale Pflichtaufgaben übernehmen und Fundtiere versorgen, aber selten mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden. Die Betreibervereine müssen oft wie Bittsteller für das Fortbestehen ihrer Einrichtungen kämpfen!).

Das Wesen der Steuer ist es, dass es sich um eine nicht zweckgebundene Einnahme handelt. In der Bevölkerung fehlt es an der Akzeptanz, dass die Einnahmen aus der Hundesteuer genutzt werden, um Haushaltslöcher zu stopfen oder ungeliebte Großprojekte mitfinanziert werden. Verständnis für eine zweckgebundene Abgabe findet sich, wenn das Geld für Tierschutzmaßnahmen oder direkt für Verbesserungen zur Hundehaltung verwendet würde. Statt der aus unserer Sicht unethischen Besteuerung eines lebenden Wesens wäre denkbar, einen einmaligen pauschalisierten Beitrag bei der Anmeldung eines Hundes zu entrichten, aus dem z. B. die Pflege vorhandener bzw. Schaffung neuer Hundeauslaufwiesen oder Brachflächen finanziert wird. So ließen sich einerseits Kosten für die Hundehalterinnen und -halter verringern und andererseits der Verwaltungsaufwand der Stadt minimiert werden.



***ICH BIN DOCH KEIN DING!***  
***Wieso besteuert ihr mich?***

?????

***www.TierschutzAllianz.de***

***Hundesteuer abschaffen!***

Erste deutsche Kommunen haben die Hundesteuer bereits abgeschafft, zuletzt Osterrönfeld in Schleswig-Holstein. Bürgermeister Hans-Georg Volquardts begründete den Schritt so: *"Oft haben ältere Leute einen Hund. Muss man die letzte soziale Bezugsperson noch besteuern?"*

Die Stadt Magdeburg sollte ihre Stellung als Landeshauptstadt nutzen und sich einsetzen, dass die Landesregierung - wie zuvor schon Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen - die willkürliche Rasseliste für Sachsen-Anhalt abschafft und stattdessen den Erwerb einer Sachkunde für Hunde haltende Menschen verpflichtend einführt, die diese dank der eingesparten Hundesteuer auch leichter finanzieren können. Damit würde vorgesorgt, dass man sich nicht mehr aus einer Laune heraus einen Hund in den Haushalt holt, sondern überlegt handelt. Und es bewahrt viele Hunde davor, in falsche Hände zu geraten, nicht erzogen, eventuell vernachlässigt oder schlimmstenfalls aggressiv gemacht zu werden. Das Tierheim würde entlastet. Letztlich lassen sich so auch viele Beißunfälle von vornherein vermeiden.

Der Bund der Steuerzahler hält die Hundesteuer für wirtschaftlich wenig rentabel. Ihr Landesverband NRW zum Beispiel hält sie für eine Bagatellsteuer, die verzichtbar ist. Zitat vom 02.07.2018:

***"Nach wie vor hält der Bund der Steuerzahler NRW die Hundesteuer als Bagatellsteuer für nicht zeitgemäß und fordert ihre Abschaffung. Dafür sprechen gewichtige Argumente: Die Abgabe nimmt auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Steuerzahler so gut wie keine Rücksicht. Außerdem ist der Erhebungs- und Kontrollaufwand der Hundesteuer hoch und das Aufkommen im Vergleich zu den klassischen Kommunalsteuern, wie die Grund- und Gewerbesteuer, eher unbedeutend."***

(<https://steuerzahler.de/aktuelles/detail/der-grosse-hundesteuer-vergleich-fuer-nrw/?L=0&cHash=d9c2a4a67486fa77ea78d6fdd2e1698f>)

Auch der Bund der Steuerzahler in Sachsen-Anhalt folgt dieser Meinung:

Zitat aus "Ist die Hundesteuer wirkungslos? Bund der Steuerzahler fordert die Abschaffung", Mitteldeutsche Zeitung vom 05.01.2018:

***"Das Fazit stand ganz am Ende einer langen Pressemitteilung und war eindeutig. Die Hundesteuer? Wirkungslos, sozial ungerecht - und überhaupt: Der Ehrliche ist der Dumme. Mitte Dezember hat sich Sachsen-Anhalts Bund der Steuerzahler dem Thema Hundesteuer gewidmet und ist zu einem harschen Urteil gekommen. 9,7 Millionen Euro haben Sachsen-Anhalts Kommunen 2016 eingenommen. Die Landeshauptstadt Magdeburg liegt mit 1,1 Millionen Euro an der Spitze, gefolgt von Halle mit 0,9 Millionen Euro. Die 9,7 Millionen Euro sind zwar 1,4 Millionen Euro mehr als 2012. Aber: Der Anteil am gesamten kommunalen Steueraufkommen von 1,8 Milliarden Euro (2016) beträgt gerade einmal 0,5 Prozent - bei einem enormen Aufwand, das Geld einzunehmen."***

***Für den Steuerzahlerbund steht deshalb fest. „Der Bürokratieaufwand bringt den Kommunen unter dem Strich kaum etwas ein und sorgt bei vielen Bürgern für Verdruss.“ Weil die Hundesteuer im allgemeinen Haushalt verschwindet. Weil nicht alle Hundehalter ermittelt werden können. Und weil schärfere Kontrollen notwendig wären, was alles noch teurer machen würde. Der Bund der Steuerzahler fordert deshalb die Abschaffung der Hundesteuer.“***

(<https://www.mz-web.de/dessau-rosslau/ist-die-hundesteuer-wirkungslos--bund-der-steuerzahler-fordert-die-abschaffung-29435188>)

Der Stadtrat der Legislatur 2019 - 2024 hat nicht nur abgelehnt, in der Hoch-Zeit der Inflation, in der die hundehaltenden Familien zusätzlich zu den massiv gestiegenen Tierärztekosten auch noch stark gestiegene Futterkosten zu stemmen hatten, für ein einziges Jahr zu halbieren, nein, man will sie sogar erhöhen, um die desaströse Finanzplanung der letzten Jahre auszugleichen!

**Die Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz - Tierschutzallianz - setzt sich für die Abschaffung der Hundesteuer ein. Sie fordert einen einmaligen pauschalen Beitrag bei der Erfassung eines neuen Hundes und Kontrolle eines vorhandenen Sachkundenachweises, für den sich die Stadt im Land stark machen soll, und die tierbezogene Verwendung der eingenommenen Gelder, also für Hundeausläuflächen, Tierheim, Unterstützung finanziell in Not geratener Tierhalter! Die zweckgebundene Verwendung der Hundesteuer für Tiere ist vom Gesetzgeber nicht vorgeschrieben, entspricht aber dem Gerechtigkeitssinn eines Großteils der Bevölkerung und sollte seitens der Stadt freiwillig umgesetzt werden.**

**Als erste Maßnahme für eine Entlastung der Haushalte, in denen Hunde leben, zählt der Verzicht auf Erhöhung der Hundesteuer!**

## **Perspektive 8: Betreute Taubenschläge**

Zur Regulierung und Reduzierung der Stadttauben hat eine zunehmende Zahl an Kommunen erfolgreich sog. Stadttaubenkonzepte erarbeitet und umgesetzt. So z. B. Augsburg: Die Stadt betreibt in Kooperation mit dem Tierschutzverein mehrere betreute Taubenschläge, in denen die Tiere versorgt und ihre Eier gegen Attrappen ausgetauscht werden. Die Schläge sind in unterschiedlichen Bauwerken wie Parkhäusern, in Türmen der ehemaligen Stadtbefestigung und sogar in Dachstühlen städtischer Verwaltungsgebäude untergebracht mit dem Erfolg, dass der so gebundene Kot fachmännisch entsorgt, das Stadtgebiet entlastet und die Population eingedämmt werden konnte. Dies gelingt auch, weil Tauben sehr standorttreu sind.

Magdeburg sollte zunächst mit der Einrichtung eines Taubenschlags die Umsetzung dieser tierschutzgerechten Maßnahme testen und im Erfolgsfall nach und nach erweitern. Bereits während der Legislatur 2019 - 2024 hatte sich die Leitung des Allee-Center bereit erklärt, hierfür Fläche zur Verfügung zu stellen, indes fand sich bisher (Stand: 03/2024) im Stadtrat keine Mehrheit für eine Umsetzung. Stattdessen wurde allen Ernstes seitens der Fraktion Grüne/future vorgeschlagen, Falken zur Vergrämung der Tauben anzusiedeln! Wer soll das bezahlen? Wer ist dann für die Falken verantwortlich? Falken fressen auch andere Vögel, wird es bald Probleme mit einer Falken-Population geben? Sollen dann Adler angesiedelt werden? ...

Wir setzen da lieber auf eine tierfreundlichere Besetzung des nächsten Stadtrates.

**Die Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz - Tierschutzallianz - setzt sich für betreute Taubenschläge ein, um durch Austausch von Eiern gegen Attrappen die Population auf schonende Weise zu reduzieren.**

### **Perspektive 9: Erfassung der im Straßenverkehr zu Tode gekommener Tiere**

Unser Antrag brachte zutage, dass es keine Erfassung der im Straßenverkehr zu Tode gekommenen Tiere gibt. Offenbar kann sich niemand in die Lage eines Menschen versetzen, der tageslang sein verschwundenes Tier sucht, immer hofft und am Ende niemals erfährt, was mit ihm geschehen ist, obwohl es ohne große Umstände möglich wäre, Halterin oder Halter per Chip in Erfahrung und zu informieren. Eine Erfassung würde auch über die Feststellung der Anzahl streunender Katzen behilflich sein und eine Grundlage für den Erlass einer Katzenschutzverordnung, für die angeblich kein Grund besteht, sein.

**Die Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz - Tierschutzallianz - fordert eine konsequente Erfassung der im Straßenverkehr zu Tode gekommenen Tiere mit einer statistischen Auswertung!**

### **Perspektive 10: Zirkus macht Spaß - aber nur, wenn niemand leidet!**

Dressierte Tiere gelten oft noch als „Attraktion“, Kritiker als Spielverderber. Dabei ist die Entwicklung zum Zirkus ohne Tierleid nicht aufzuhalten, zu groß sind die Möglichkeiten für Menschen, sich zu informieren, überholte Traditionen mit Argumenten von „leuchtenden Kinderaugen“ abzulehnen. In Österreich ist die Haltung von Zirkustieren seit 2005 verboten. Länder wie Bulgarien, Finnland, Schweden, Griechenland, Slowenien, Peru u. a. folgten. Mehr als 100 deutsche Kommunen haben selbst gehandelt und Unternehmen mit (Wild-)tieren den Auftritt auf öffentlichem Grund untersagt.

**Die Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz - Tierschutzallianz - wünscht sich Magdeburg als eine moderne Zirkusstadt, in der Akrobatik, Clowns und Showeinlagen Groß und Klein begeistern. Unternehmen wie Roncalli, Flic Flac und der Cirque de Soleil machen es vor und sind Garant dafür, dass Menschen der Zirkusbesuch auch ohne das Zurschaustellen von Tieren zum Gelderwerb Freude bereiten kann.**

### **Perspektive 11: Letzte Ruhe für Mensch und Tier**

Es war ein richtiger Schritt, den Buckauer Friedhof für eine gemeinsame Bestattung von Mensch und Tier freizugeben. Dies ist ohnehin vor allem eine symbolische Geste, denn es handelt sich bei der Asche i. d. R. nur um einige Gramm des verstorbenen Tieres. Allerdings hat nicht jeder Mensch, der sein Tier mit ins Grab nehmen möchte, einen Bezug zu Buckau.

**Die Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz - Tierschutzallianz - setzt sich für eine Erweiterung der gemeinsamen Bestattung von Mensch und Tier auf allen Friedhöfen der Stadt ein.**

### **Perspektive 12: Der Stadtpark ist kein Jagdrevier!**

Machtlos musste der Stadtrat zusehen, wie von September bis März der Stadtpark und der Herrenkrug für die Jagd freigegeben werden! Da unser Antrag auf Rücknahme der Allgemeinverfügung im November 2023 abgelehnt wurde, besteht nun über den Zeitraum eines halben Jahres eine erhebliche Gefahr für Menschen und Tiere unserer Stadt, die die Grünanlagen zur Erholung nutzen, aber auch für die Gäste. Beide Parks verfügen über Hotelanlagen. Dort wohnen zeitweilig auch Gäste mit Hund, die nachts das Freie aufsuchen müssen.

Querschläger können bis 2 km fliegen und Menschen verletzen oder töten. Beide Parks sind auch im Winter bis in die Nachtstunden belebt, etwa als Treffpunkt bei Veranstaltungen oder dem Besuch von Gaststätten. Radfahrer nutzen den Stadtpark zur Durchfahrt von oder nach Cracau, Jogger u. a. Sportler trainieren in ihrer Freizeit, Jugendliche die Skateranlage. Hotelgäste genießen einen Spaziergang oder müssen ihre mitreisenden Hunde auch nachts Gassiführen. Im Stadtpark sind zwei größere Flächen als Hundenausläufflächen ausgewiesen.

Es ist nicht zu erwarten, dass die Gäste vor dem Besuch unserer Stadt das Amtsblatt gelesen haben bzw. es lesen werden.

Alle diese Nutzer der Parks leben nun sechs Monate im Jahr mit der ständigen Bedrohung, mit Schusswaffen konfrontiert zu werden. Berichte über tragische Unfälle gibt es bundesweit zur Genüge, um sich der Gefahr bewusst zu sein.

Ein nur kurzfristiges Aufstellen unmittelbar vor Jagdmaßnahmen ist nicht ausreichend, da niemand mit derartigen Gefahren in belebten Erholungsgebieten innerhalb einer Stadt rechnet. Bei Unfällen hat die Stadt mit erheblichen Regressforderungen zu rechnen.

**Die Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz - Tierschutzallianz - fordert: Grundsätzlich keine Jagd im Stadtgebiet! Die Sicherheit von Mensch und Tier in den Parkanlagen unserer Stadt hat Vorrang!**

### **Perspektive 13: Freies Baden statt Zäune und Verbote!**

Junge Menschen zählen das Baden im Sommer zu ihren Lieblingsbeschäftigungen, haben aber oft wenig finanziellen Spielraum. Unsere Seniorinnen und Senioren schwärmen noch vom Schwimmen im Fluss, doch hat Magdeburg - die Stadt an der Elbe - inzwischen den freien Zugang zum Wasser verloren. Freier Zugang zur Natur aber ist ein Grundbedürfnis und er sollte nichts kosten. Geeignete Örtlichkeiten sind z. B. am Winterhafen oder der Alten Elbe vorhanden. Die Erhöhung der Attraktivität der Stadt würde sich wirtschaftlich niederschlagen und die Kosten deutlich übersteigen. Mündige Bürgerinnen und Bürger sollen selbst entscheiden dürfen, ob sie an einer ruhigen Stelle an der Alten Elbe baden gehen, ohne Ordnungsmaßnahmen fürchten zu müssen. Zudem ist überfällig, dass diese regelmäßig von Unrat befreit wird.

Der Barleber See bietet sich für eine Entwicklung als Naherholungszentrum an, das allen Bürgerinnen und Bürgern und zu jeder Jahreszeit auch ohne Eintrittsgeld offen steht. Das Absperrern des Sees durch hohe Zäune mit Stacheln wirkt abschreckend und ist ein Synonym für den Umgang mit unseren Einwohnern in den letzten Jahren. Man kann an einem Strandbad auch mit attraktiven Angeboten Einnahmen erzielen.

Vor der Wende konnte man die Minigolf-Anlage nutzen, Tischtennis und Freiluft-Schach spielen, Stelzen ausleihen... Mit einer Wiederbelebung wird diese gesteigerte Attraktivität zu Mehreinnahmen aus ganzjähriger Gastronomie führen und den See unter Einbeziehung des Schiffshebewerkes zu einem lohnenden Ausflugsziel für Magdeburger und ihre Gäste machen.

**Die Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz fordert, Menschen den Zugang zu Flüssen und Seen zu ermöglichen statt sie durch Gitter und Zäune auszusperren! Flüsse und Seen gehören allen!**

## **Perspektive 14. Sozialer Wohnungsbau und Stadtentwicklung - Stadt des neuen Bauwillens**

Obwohl die Wohnungsnot in Deutschland immer größer wird, ist Magdeburg davon bislang zum Teil zumindest in dem Ausmaß wie in Hamburg, München, Erfurt oder Berlin noch verschont geblieben. Darauf kann man sich nicht ausruhen. Dieser Zustand muss auch gewährleistet bleiben, wenn neue Arbeitskräfte für Intel auf unseren Wohnungsmarkt drängen.

Magdeburg wird enger und gerät in einen Zwiespalt. Auf der einen Seite braucht es Häuser für die wachsende Zahl der hier lebenden Menschen, auf der anderen Seite freie Schneisen, damit die Luft zirkulieren kann. Ein Aussitzen, bis Mangel an Wohnraum deutlich spürbar wird, darf es nicht geben!

Magdeburg ist eine Stadt der kurzen Wege, die sich bislang durch ihre grüne Oasen auszeichnete. Das Wachsen der Stadt ist unvermeidlich, umso wichtiger ist es, dass dies richtig entwickelt wird. Werden Lücken geschlossen, müssen zeitgleich Straßenräume und Plätze grüner werden. Zur Verdichtung der Innenstadt dürfen Brachen nicht einfach blind bebaut werden.

Gerade im Bauhaus-Jubiläumjahr wurde deutlich, welche Chancen in der Stadtentwicklung bereits vertan wurden. Es hat sich angeboten, an die Bauhaus-Tradition der Stadt anzuknüpfen und sie zur Bauhaus-Modellstadt zu entwickeln. Inwieweit spielen die geplanten Wohntürme am Rotehornpark diese Tradition wider? Den Geschäften am Breiten Weg, der einstigen Prunkstraße des alten Magdeburg, wurde die Kaufkraft durch überdimensionierte Einkaufszentren inmitten der Stadt entzogen. Es wird darauf ankommen, den Breiten Weg auch verkehrstechnisch besser zu erschließen, um seine Attraktivität zu steigern.

Der Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach Mitsprache und Mitgestaltung muss tagtäglich neu erarbeitet werden. Hierfür bedarf es eine offene Verwaltung, transparente und ergebnisoffene Prozesse, die wirklich auf Augenhöhe zwischen Verantwortlichen und Bürgerschaft stattfinden. Hier dürfen nicht nur die Lauten gehört werden; auch die eher Leisen sind wahrzunehmen.

Bei vielen Planungsvorlagen - wie beim Tunnel - drängte sich der Eindruck auf, dass die vom ehemaligen Oberbürgermeister bevorzugte Variante durch einseitige Darstellung quasi erzwungen werden soll. Das AMO sollte mangels Wirtschaftlichkeit geschlossen werden. Nach Bürgerprotesten zeigte sich, dass eine Weiterbewirtschaftung sehr wohl möglich ist. Die Panoramabahn im Elbuenpark wurde wegen zu hoher Instandhaltungsinvestitionen zum Leidwesen vieler Gäste abgebaut. Dass die Wartung über Jahre hinweg unterblieb und damit erst diese hohen Investitionskosten aufkamen, wurde verschwiegen.

Wir sind strikt dagegen, kurzfristig sämtliche offenen Plätze zuzubauen. Abstoßendes Beispiel ist die charakterlose Architektur des City-Carres, das schon allein durch seine Ausmaße die Verkehrsentwicklung behindert.

Eine kleinteiligere Bebauung mit Grün zum Verweilen - ähnlich der Innenstadt von Halberstadt - ist der Schaffung von weiteren riesigen Büro- und Einkaufskomplexen vorzuziehen. Hier gilt es, aus den Fehlern der jüngsten Vergangenheit zu lernen und sie künftig zu vermeiden.

Wir sehen die Pläne zur Re-Begrünung des Bahnhofsvorplatzes und werden diese Entwicklung mit unterstützen.

**Die Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz - Tierschutzallianz setzt sich für Schaffung und Erhalt bezahlbaren Wohnraums und für eine Stadtentwicklung ein, die der historischen Verpflichtung gerecht wird!**

## 15. Bunt statt grau

Wohin man schaut, Magdeburg ist eine einzige Baustelle. Leider beschränkt sich die Farbpalette der Investoren auf grau und weiß, welches ebenso schnell ergraut, allenfalls mal unterbrochen von einem verwegenen Beige... Die Natur hält so viele Farben bereit, die wir auch in unsere Wohnwelt ausdehnen sollten. Wohlfühlatmosfera kommt selten in grau/weiß auf. Die Stadt sollte Bauherren anregen, Mut zu mehr Farbe zu beweisen. Mit der Wobau mbH ist die Stadt ist in der komfortablen Situation, Einfluss auf große Teile der Gestaltung der Gebäude zu haben. Vorstellbar ist, dass bereits in einheitgrau sanierte Häuser teils für legale Graffiti freigegeben werden. Hierfür sollten sich interessierte Künstlerinnen und Künstler bewerben können.



Im Gegenzug sollten illegalen Schmierereien an möglichst vielen großflächigen Stellen Riegel vorgeschoben werden. Lärmschutzwände sind selten eine Zierde für eine Stadt. Sie zwar zum Schutz der anliegenden Bevölkerung erforderlich, stellen aber keine Verschönerung dar. Unser Antrag auf Bepflanzung der Wände, die die Stadt wieder grüner werden ließe und sinnfreie Schmierereien verhindern würden, wurde abgelehnt. Wir werden den Antrag erneut stellen.

**Die Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz - Tierschutzallianz - setzt sich für Mut zur Farbe und Förderung legaler Graffiti ein.**

## **Perspektive 16: Gärten, Parks und Bäume**

Das Klimagutachten offenbarte, dass ein ausreichendes Abkühlen der Innenstadt im Sommer nicht mehr gewährleistet ist. Die Notwendigkeit der Kaltluftschneisen gerade zur Belüftung dieser Zonen wurde darin hervorgehoben. Darum sind sie z. B. im Bereich der Kleingärten in Nordwest langfristig zu erhalten. Das Grün der Kleingärten ist eine zu wichtige Fläche für Klimaschutz und gemeinschaftliche Nutzung und nicht lediglich als Wartefläche für Eigenheimbauten zu behandeln.

Eine wichtige Rolle für die Umwelt erfüllen die Parkanlagen. Magdeburg galt lange Zeit zu Recht als eine der grünsten Städte Deutschlands. Diesen Ruf müssen wir uns zurückholen! Wir halten nicht nur den Erhalt der bestehenden Parks für notwendig, sondern die Schaffung weiterer Grünanlagen, wie z. B. von vielen Menschen am Kannestieg gewünscht, gerade jetzt, wo dort viele Bäume dem Trassenbau der MVB zum Opfer fallen.

Trotz vieler grüner Oasen gibt es auch in Magdeburg Flächen, die trostlos wirken. Beispielhaft ist der Teil der Otto-von-Guericke-Straße in Höhe des City-Carre, wo einige lieblose Töpfe mit verdorrten Pflanzen wenig einladend auf Einwohnerschaft und Gäste der Stadt wirken. Dort, wo Bäume nicht gepflanzt werden können, sollte man die alternative Möglichkeit der Begrünung an Laternen und Masten prüfen, wie es z. B. in Burg das Stadtbild verschönert. Unser Antrag auf mobile Pflanzanlagen wurde abgelehnt.

Die Aktion "Mein Baum für Magdeburg" sollte auch für Menschen mit schmalerem Geldbeutel erweitert werden. Nicht jeder kann mehrere hundert Euro bezahlen, es sollte möglich werden, dass sich mehrere Menschen einen Baum "teilen". Pflanzen! Pflanzen! Pflanzen! ist das Gebot der Stunde. Es gibt zu viele Straßen ohne einen einzigen Baum. Dort, wo Raum vorhanden ist, muss dringend für die Schattenspende von morgen gesorgt werden, damit die künftige Bevölkerung auch in heißeren Sommern des 22. Jahrhunderts noch zur Arbeit gehen können, ohne gesundheitliche Schäden zu nehmen.

Unser Antrag zur Schwammstadt wurde abgelehnt. In Berlin werden riesige Wasserrückhaltebecken - aufgefüllt im Winter und in regenstarken Zeiten - für die Bewässerung der Parks im Sommer gebaut. Jeden Sommer sehen wir die braun werdenden, ausgedörrten Wiesen.

Es ist höchste Zeit, die Parks und Wiesen zu bewässern, um auch das Stadtklima zu verbessern bzw. die Erhitzung der Innenstadt zu reduzieren. Die Vorbereitungen auf die Zukunft sind immer noch zu halbherzig. Man muss nicht die Grünen wählen, um grüne Politik zu wählen. Wir werden dem neuen Stadtrat den Antrag "Schwammstadt" erneut vorstellen.

**Die Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz - Tierschutzallianz - fordert eine schnellere und konsequente Anpassung an den klimatischen Veränderungsprozess, den den Erhalt von Kleingärten als wichtige Fläche für den Klimaschutz und die Schaffung weiterer Grünanlagen und alternative Bepflanzungen!**

## **Perspektive 17: Wildblumen- und Insektenwiesen**

Projekte, die einerseits der sinkenden Zahl an Insekten entgegenwirken und andererseits Nachbarschaftshilfe fördern, sollten angeregt und durch das Grünflächenamt unterstützt werden. Hierfür eignet sich eine Zusammenarbeit mit der Wobau mbH, aber auch städtische Brachflächen sollten zur Verfügung gestellt werden. Nicht genutzte Kleingärten sollten mit einbezogen werden.

**Die Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz - Tierschutzallianz - setzt sich für eine Nutzung von Brachflächen als Wildblumen- und Insektenwiesen ein.**

## **Perspektive 18: Keine Jüdinnen und Juden 1. und 2. Klasse!**

In Magdeburg existieren zwei jüdische Gemeinden unterschiedlicher Ausrichtung: Die orthodoxe Gemeinde, bei denen nach Geschlechtern getrennt wird und nur Männer die Funktion eines Rabbiners ausüben dürfen und die liberale Gemeinde, in denen die Menschen gemeinsam beten und auch Frauen als Rabbinerinnen und Kantorinnen arbeiten können. Die Stadt Magdeburg hat einer der beiden - der orthodoxen - Gemeinde ein Grundstück für den Bau einer neuen Synagoge geschenkt, die inzwischen auch eröffnet wurde. Von der Nutzung ausgeschlossen ist die zweite Gemeinde, die mit liberaler Ausrichtung. Bei Schenkung hätte als Auflage festgeschrieben werden müssen, dass auch die andere Gemeinde ein Nutzungsrecht erhält.

Sehenden Auges wurde das Neutralitätsgebot gegenüber Religionsgemeinschaften durch Bevorzugung einer Gemeinde gravierende verletzt.

Nicht nur ist diese Ungerechtigkeit ein Schandfleck, umso schlimmer ist, dass seit Jahren versucht wird, den Fehler auf die Religions-gemeinschaften zu schieben. Den Fehler hat die Stadt zu verantworten. Durch Aussitzen wird die Situation nicht besser.

Unverständlich ist die Benachteiligung der liberalen Gemeinde insbesondere, weil sie es war, deren Synagoge durch die Nazis zerstört wurde! Die Synagoge war - wie die meisten Vorkriegssynagogen - liberal, modern und weltoffen mit Gleichberechtigung der Geschlechter ausgerichtet und fester Bestandteil der Gesellschaft.

**Die Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz - Tierschutzallianz - fordert eine Aufarbeitung der fehlerhaften Schenkung. Wir fordern die Einhaltung des Neutralitätsgebots. Es darf in Magdeburg keine Jüdinnen und Juden 1. und 2. Klasse geben!**

## 19. Miteinander im Straßenverkehr; Schutz der Schwächeren

Wie oft sieht man ältere Menschen, die Angst haben, die Straßen zu überqueren, während der Verkehr vorbeirauscht. Dabei ist Jede/r von uns auch Fußgänger. Darum muss die Entwicklung unserer Stadt und die Mobilität von den Fußgängern aus gedacht werden. Vorrang müssen die Schwächeren haben: Ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, Kinder... Auch das Verweilen, Promenieren, das Spazieren mit Kind und/oder Hund, das Erholen benötigt eine Schutzzone. Denken wir an Fußgängerüberwege, an Schatten spendende Bäume, an die Bank zum Ausruhen. Das Nebeneinander von Radfahrenden und Spaziergängern muss verbessert werden. Grundsätzlich sind Rad- und Fußwege voneinander zu trennen - nicht durch einen Strich, sondern baulich. Die Stadt Leipzig hat einen Beauftragten für den Fußgängerverkehr. Überlegenswert für Magdeburg.

Durch Schaffung eines Einbahnstraßensystems kann ohne großen Aufwand mehr Raum für Rad- und Fußverkehr freigegeben werden, ohne den Verkehrsfluss von PKW wesentlich zu beeinträchtigen.

Zur Verbesserung des Straßenverkehrs gehört aber auch, dass sich Radfahrende wieder an Verkehrsregeln halten. Der zur Gewohnheit gewordenen Nutzung der verkehrten Straßenseite ist z. B. durch Markierung der Fahrtrichtung auf Radwegen kenntlich zu machen; zunehmend aggressives Wegklingeln auf Fußwegen verstärkt zu ahnden.

Für Radfahrende mag es ärgerlich sein, dass Menschen sich in PKW fortbewegen. Aber dafür kann es viele Gründe geben. Schwer zu transportierende Geräte, Gehbehinderungen, Termine... Die Forderung einiger Parteien nach Verengung der Hauptverkehrsstraßen geht offenbar von der falschen Prognose aus, dass der Verkehr in der Innenstadt durch Zwang abnehmen wird. Bereits bei kleinsten Störungen oder im Feierabendverkehr sind dann lange Stauzeiten mit entsprechender Zunahme an Abgasen zu erwarten. Wir lehnen kostenintensive "Erziehungs"- und Strafmaßnahmen ab und bevorzugen die Mitnahme aller hier lebenden Menschen in eine Zukunft, in der zunehmend auf das Auto verzichtet werden kann. Hierzu sind erst die Voraussetzungen zu schaffen, in dem die Preisschraube bei der MVB nicht jährlich weiter gedreht wird. Bevor ein Gebiet zur autofreien Zone erklärt wird, ist zu klären, wie z. B. kranke oder mobil eingeschränkte Menschen Termine wahrnehmen können.

Wenn Söhne und Töchter ihre kranke Mutter, die nicht die Bahn nutzen kann, nicht mehr zum Arzt an den Hassel bringen kann, aber jede Fahrt mit einem Taxiunternehmen mit Sondererlaubnis eine Belastung für den klammen Geldbeutel ist, müssen zunächst Mitfahrmöglichkeiten (Shuttle, Rufbus o. ä.) für den Transport geschaffen werden.

Erst wenn praktikable Alternativen gibt, ist es zumutbar, den PKW-Verkehr stärker einzuschränken und großflächiger auszusperren.

Nach der Wende hatten viele Menschen einen Nachholbedarf an privater Mobilität. Sie genossen die neue Freiheit, einen PKW vor der Tür zu wissen, auf den sie nicht ein Jahrzehnt warten mussten und jederzeit verfügbar war. Umweltschutz stand damals nicht hoch im Kurs.

Inzwischen hat sich das Bewusstsein vieler Menschen geändert. Man will nicht mehr mit dem Auto zum Bäcker um die Ecke, man nimmt das Rad oder möchte die Bahn nutzen. Stünde da nicht die unentwegte Preisschraube im Weg. Die Alternative „Öffentlicher Nahverkehr“ hat sich derart verteuert, dass viele Gelegenheitsnutzer inzwischen lieber zu Fuß gehen oder überhaupt nicht mehr in die Innenstadt fahren.

Das Angebot der MVB ist grundlegend zu verbessern. Kurzfristig befürworten wir eine Rückkehr zu einem Ticket für 90 min incl. Rückfahrt. Auch ein pauschales Kurzzeitticket für 10 – 15 min für etwa 1,- € brächte weitere Fahrgäste zurück in die Bahn.

Statt also einerseits die Autofahrenden zu gängeln und andererseits die Preisschraube für die Öffentlichen Verkehrsmittel immer mehr nach oben zu drehen, sollte sich Magdeburg als Modellstadt für kostenlosen Nahverkehr bewerben. Trotz immer noch vieler Baustellen sind wir weit entfernt von dem, was in anderen Städten "Stau" genannt wird. Auch die Parkplatzsituation ist längst nicht so angespannt wie in vielen - vorwiegend westlichen - Städten. Ein gut ausgebautes Nahverkehrsnetz ist vorhanden, so dass die Stadt für den Modellversuch prädestiniert ist. Wer ohne langes Warten kostenlos zum Arbeitsplatz fahren kann, wird sich die Nutzung des eigenen PKW überlegen. Magdeburg kann als innovative, moderne Stadt punkten, sowohl den CO<sup>2</sup>-Ausstoß als auch Parkplatznot verringern und zudem Gelder durch Vergrößerung der Sanierungsintervalle des Straßenbelags Gelder einsparen. Schon das 9,- €- und 49,- € -Ticket haben gezeigt, dass dies der richtige Weg ist, Menschen zurück in die Bahn zu holen. Einzuholen wäre ein Gutachten, das die Kosten unter Berücksichtigung möglicher Fördergelder den Einsparungen (Fahrscheindruck und -verkauf, Kontrollen, Bestückung und Wartung der Fahrscheinautomaten...) gegenüberstellt und die positiven Auswirkungen auf Stadtklima und Ansehen der Stadt haben wird.

Die unschönen Poller in der Innenstadt sollen falsches Abbiegen verhindern, lassen aber die ohnehin baustellengebeutelte Stadt noch unfertiger aussehen. Gäste unserer Stadt zeigten sich bereits 2018 (!) auf Nachfrage enttäuscht, dass die Poller offenbar kein Provisorium darstellen, sondern tatsächlich schon seit Jahren zum Stadtbild gehören. Hier sollte eine weniger aggressiv ins Auge fallende Alternative gefunden werden.



Die Anlegung immer weiteter "Berliner Kissen" lehnen wir ab. Einige Stadtratsmitglieder werden das erst verstehen, wenn sie einmal auf einen Rettungswagen angewiesen sind oder ihre Sehkraft nachlässt. Wir halten eine Einengung der Fahrbahnen dort, wo es sinnvoll ist, durch Anpflanzungen für sinnvoller und auch schöner.

**Die Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz - Tierschutzallianz - möchte verhindern, dass Verkehrsteilnehmer gegeneinander ausgespielt werden. Neben breiteren und besser ausgebauten Radwegen soll der ÖPNV wieder bezahlbar und eine echte Alternative zum PKW-Verkehr werden. Magdeburg soll sich als Modellstadt bewerben, in der die Auswirkungen einer kostenlosen Nutzung des ÖPNV umfassend getestet und der spürbare Umstieg gemessen werden kann. Statt immer neuer "Berliner Kissen" sind die Straßen dort, wo es sinnvoll und nötig ist, durch Anpflanzungen zu verengen. Das schont Rettungskräfte und zu rettende Personen und ist gleichzeitig ein Beitrag zum Umweltschutz.**

## **Perspektive 20: Erhalt des Städtischen Klinikums**

Die Qualität wichtiger medizinischer Infrastruktur darf nicht von Wirtschaftlichkeit abhängig sein. Wir unterstützen z. B. den ÖPNV (MVB) Jahr für Jahr mit Millionen Euro, da kann es nicht sein, dass wir nicht bereit sind, uns genauso für das Klinikum einzusetzen, kaum dass es rote Zahlen schreibt. Bei einer Fusion mit dem Uniklinikum ginge die Selbstständigkeit des beliebten Klinikums verloren. Die vor Ort gegebene Kompetenz und Bürgernähe würde zugunsten eines ferngesteuerten Riesenkomplexes aufgegeben. Einflussmöglichkeiten würden reduziert bzw. gingen verloren.

**Die Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz - Tierschutzallianz - setzt sich für den Erhalt des Klinikums Magdeburg als eigenständige Einrichtung ein.**

## **Perspektive 21: Panometer 400 Jahre Zerstörung Magdeburgs**

Magdeburg gehörte vor 1631 zu den bedeutendsten Städten weltweit! Mit der "Magdeburger Hochzeit" änderte sich das schlagartig - mehr als 20.000 Menschen verloren ihr Leben und die Stadt war fast dem Erdboden gleichgemacht. Der 400. Jahrestag im Jahr 2031 wird dieses Ereignis wieder in den Fokus der Öffentlichkeit rücken.

Wir hatten beantragt, mittels eines Panometers Geschichte erlebbar zu machen und in Kombination mit dem neuen Denkmal für das Magdeburger Recht auch den Tourismus zu fördern. Eine erste Stellungnahme fiel positiv aus. Wir werden das Anliegen weiter verfolgen, denn für Planung und Bau werden ca. acht Jahre benötigt, die Zeit drängt also!

**Die Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz - Tierschutzallianz - drängt auf zügige Planung und Bau eines Panometers anlässlich des 400. Jahrestages der Zerstörung Magdeburgs im 30-jährigen Krieg.**

## **Perspektive 22: Bürgerhaushalt**

Wir machen uns für die Einführung eines Bürgerhaushalts stark, der in Potsdam seit 2008 gute Ergebnisse gebracht hat. Das Projekt bietet einen Einstieg in eine gemeinsame Gestaltung der Stadt. Wir sind uns sicher, dass bei mehr Mitsprache der Bevölkerung ein teures Prestigeprojekt wie der Tunnel unsere Stadt nicht an den Rand des Ruins gebracht hätte.

**Die Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz - Tierschutzallianz - setzt sich für die mehr Mitsprache mittels Einführung eines Bürgerhaushaltes nach Potsdamer Vorbild ein.**

## **Perspektive 23: Miteinander von Stadtrat, Verwaltung und Bürgerschaft**

Jahrelange Ratsstreitigkeiten und Prozesse sind vermeidbar, wenn man die Bevölkerung stärker in die Entscheidung mit einbezieht. Wir favorisieren in Fragen, die das Gesicht unserer Stadt stark verändern oder jahrelange Einschränkungen mit sich bringen, das Votum der wahlberechtigten Menschen. So hätte ein klarer Bürgerentscheid bzw. eine Bürgerbefragung die Diskussion um den Tunnelbau wesentlich schneller als die gerichtliche Auseinandersetzung beendet, denn kaum jemand würde gegen ein deutliches Bürgervotum prozessieren. Magdeburg ist Heimat für 240.000 Menschen, Tendenz steigend, und es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, sich für Großprojekte den starken Rückenwind aus der Bevölkerung zu erarbeiten. Das bedarf Aufklärung und leicht verständliche Informationsaufbereitung. Es bereitet zwar - vielleicht derzeit als lästig empfundene - Zusatzarbeit, ist aber, will man Bürgerbeteiligung nicht nur in Schönwetterreden anmahnen, sondern sie verwirklichen, für die Gemeinschaft unabdingbar.

Eine wichtige Grundlage für das Miteinander von Stadtrat, Verwaltung und Bürgerschaft ist die ausreichende Information über die Stadtpolitik. „Ausreichend“ ist nicht allein ein Internetportal, in dem zudem für die Suche nach älteren Anträgen Aktenzeichen, die kaum jemand kennt, einzugeben sind. Durch ein Informationsblatt „Neues aus Stadtrat und Verwaltung“, einmal monatlich und mit einer geringen Auflage herausgegeben und auszulegen in den Bürgerbüros, Alten- und Seniorenzentren, der Stadtbibliothek u. ä. multiplikatoren Einrichtungen, wären mit wenig Aufwand viele Menschen erreichbar. Diesen Antrag hatten wir bereits im Stadtrat gestellt und er wurde abgeschmettert; wir halten es jedoch für ein Armutszeugnis eines Dienstleisters – der Stadtverwaltung - aus Kostengründen ein Informationsblatt abzulehnen.

Diese Idee in vielen Gesprächen, u. a. in Alten- und Seniorenzentren, vorgestellt, traf auf reges Interesse an der Stadtpolitik und vielfachen Zuspruch auf eine solche Ratsinformation. Es nützt wenig, wenn sich alle Parteien mehr Bürgerbeteiligung wünschen, aber Menschen, die sich keine Tageszeitung mehr leisten können, abgehängt bleiben! Zudem ist die Tagesordnung des Stadtrats nur noch online einsehbar, was vor allem ältere Menschen ausschließt.

**Die Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz - Tierschutzallianz - fordert und fördert den Informationsfluss zwischen Stadt, Verwaltung und Bürgerschaft durch Bürgerbeteiligung in Vorbereitung von Großprojekten, Informationsblättern mit Tagesordnung der Sitzungen und Abstimmungsergebnissen.**

***Ihre DREI Stimmen am 09.06.2024 bitte für die  
TIERSCHUTZALLIANZ!***